

WAFFENDERKRITIK

“DIE WAFFE DER KRITIK KANN ALLERDINGS DIE KRITIK DER WAFFEN NICHT ERSETZEN, DIE MATERIELLE GEWALT MUSS GESTÜRZT WERDEN DURCH MATERIELLE GEWALT, ALLEIN AUCH DIE THEORIE WIRD ZUR MATERIELLEN GEWALT, SOBALD SIE DIE MASSES ERGREIFT!”

– KARL MARX

Nr. 2 / SoSe14

Preis: Spende



Refugees

Interview mit Turgay Ulu

Bildungsstreik 2014

Wie kann der Kampf aussehen?

Feminismus

Kritik am imperialistischen Feminismus

Gramsci vs. Spivak

Was ist Subalternität?

WAFFENDERKRITIK.WORDPRESS.COM

Offene marxistische Hochschulgruppe von 10 und unabhängigen Studierenden

WAFFENDERKRITIK

Wer wir sind

WAFFENDERKRITIK ist eine offene marxistische Gruppierung mit Aktivist*innen an vier Universitäten in Berlin und Potsdam (FU, HU, TU und UP), darunter Mitglieder der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO) und unabhängige Studierende. Seit dem Wintersemester 2013/14 geben wir diese Zeitung heraus. Nun legen wir die zweite Nummer vor.

Aber wir schreiben nicht nur: Da die meisten Studierenden später zur Arbeiter*innenklasse gehören werden, unterstützen wir Arbeitskämpfe und treten für die Einheit von Arbeitenden und Studierenden ein. Als Internationalist*innen kämpfen wir gegen den deutschen Imperialismus und für die Rechte von Geflüchteten. Und wir stellen uns gegen Unterdrückung von Frauen* und LGBTI-Menschen.

Dazu bilden wir uns in revolutionärer Theorie aus, mit selbstorganisierten Lesekreisen und Seminaren. Dabei treten wir auch bei Wahlen zu Studierendenparlamenten an, auch wenn wir uns gegen diese Scheindemokratie und für eine lebendige Massendemokratie in Versammlungen aussprechen. Wir versuchen, eine revolutionär-marxistische Strömung an den Universitäten aufzubauen.

Hast du Interesse? Fragen, Lob oder Kritik? Hast du einen Leser*innenbrief oder möchtest selbst etwas für diese Zeitschrift schreiben? Schick uns eine Mail oder schau bei unseren offenen Treffen vorbei.

offene Treffen von WAFFENDERKRITIK

Mittwoch, 28.5., 16 Uhr, FU (Silberlaube, Foyer vor der Mensa II):
Wie weiter gegen Repression?

Mittwoch, 4.6., 16 Uhr, HU (Foyer im Hegelbau):
Lehren aus vergangenen Bildungsstreiks

Mittwoch, 11.6., 16 Uhr, FU (Silberlaube, Foyer vor der Mensa II):
Politische Ökonomie der Migration im Imperialismus

Weitere offene Treffen an FU und HU: Achtet auf Ankündigungen!

auf unserer Website findest du...

ABC des Marxismus: Von A wie Arbeiter*innenklasse bis O wie Organisation
Programm und Berichte vom Wahlkampf an der Freien Universität Berlin.

Termine

1. Juni, 12 Uhr **Bundesweites Vernetzungstreffen des Refugee Schul und Unistreib. Achtet auf Ankündigungen: refugeeschulstreik.wordpress.com**
Ort unklar

1. Juli **Refugee Schul und Unistreib**

5. Juni, 19 Uhr, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, U6/U7 Mehringdamm **Debatte mit der Queer-Theorie. Performance oder Revolution? marxismusundgeschlecht.wordpress.com**

facebook.com/WaffenDerKritik
waffenderkritik.wordpress.com
waffenderkritik@riseup.net

Für Massenaktionen und Streiks!

Gemeinsamer Kampf und Organisation kann Rassismus beseitigen. Lasst uns die Herrschenden dort treffen, wo es ihnen weh tut!

VON AARON MEINHARD, FU BERLIN, ALTERTUMSWISSENSCHAFTEN

Der am 17. Mai in Berlin startende Marsch für die Freiheit nach Brüssel steht vor dem Hintergrund sich verstärkender Kämpfe von Geflüchteten gegen die rassistischen Gesetze und Strukturen in der BRD – Hungerstreiks, Platz- und Gebäudebesetzungen gab es nicht nur am Alexanderplatz oder dem Oranienplatz. Für uns als Marxist*innen sind sie Teil der Kämpfe der Arbeiter*innenklasse, die sich angesichts der seit Jahren andauernden kapitalistischen Krise auch in Deutschland verstärken. Denn wie sich bereits einige Gruppen von Geflüchteten selbst definiert haben, sind sie die unterste und entrechtetste Schicht der lohnabhängigen Klasse.

Die Arbeiter*innenklasse muss auch als Ganzes eine besondere Rolle in diesem Kampf spielen. Denn die lohnabhängig Beschäftigten sind diejenigen, deren Arbeit die gesellschaftliche Produktion am Laufen hält – und die Grundlage der politischen und wirtschaftlichen Macht des Kapitals. Die Herrschenden in Politik und Wirtschaft, diejenigen, die die rassistischen Gesetze schaffen, lassen sich von moralischen Appellen nicht besonders beeindrucken. Aber wenn ihr System gestört wird, sieht das anders aus: wenn Millionen von Arbeiter*innen streiken, kann wirklich etwas bewegt werden.

Es gibt schon eine Geschichte der Kämpfe von Geflüchteten als Teil der Arbeiter*innenbewegung. Beispielsweise riefen am 1. Mai 2006 Organisationen lateinamerikastämmiger Migrant*innen in den USA zu Boykotts und Streiks auf, um Pläne der Bush-Regierung für die Verschärfungen der Migrationsgesetze zu vereiteln. Die Fleischindustrie und die Agrarindustrie, die nicht nur in den USA zu großen Teilen illegalisierte Arbeiter*innen beschäftigen, wurden teilweise völlig lahm gelegt. In Frankreich gab es immer wieder große Streiks von Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, den sogenannten „sans-papiers“. 2008 besetzten viele von ihnen die Fabriken, in denen sie arbeiten und traten in den Streik. Auf großen Druck von Organisationen der sans-papiers und ihren eigenen Basisstrukturen organisierte die Gewerkschaft CGT in mehreren Wellen Streiks und rief einen landesweiten Generalstreik aller illegalisierter Arbeiter*innen aus. Obwohl sie diesen Kampf weiterhin auf Illegalisierte beschränkte und nicht auch Arbeiter*innen mit Papieren in anderen Branchen zum Unterstützungstreik aufrief, war es ein beeindruckender Kampf, in dessen Verlauf fast 60 Fabriken landesweit bestreikt wurden.

In Deutschland sind solche Kämpfe bisher leider noch unbekannt. Nichtsdestotrotz hat es in den letzten Jahren erste Anknüpfungspunkte zwischen der organisierten Arbeiter*in-

nenbewegung und Aktivist*innen der Geflüchteten gegeben. Wir erinnern an die Besetzung des DGB-Hauses in München, wo kämpfende Non-Citizens die Gewerkschaften aufforderten, ihren Kampf zu unterstützen. Oder an Hamburg, wo der ver.di-Fachbereich Besondere Dienstleistungen 300 Mitglieder der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ aufgenommen (und gegen die Verhinderung dessen durch die Bürokratie des Bundesverbandes wenig getan wurde).

Diese Kämpfe und Geschehnisse zeigen in ihrem beschränkten Charakter, dass die Organisationen von Arbeiter*innen mit Aufenthaltsstatus eine große Kraft im Kampf gegen die rassistische Unterdrückung von Geflüchteten und illegalisierten Kolleg*innen entwickeln können. Aber immer wurden die Kämpfe auf die Geflüchteten, Migrant*innen und Papierlosen selbst beschränkt und die bürokratischen Führungen der Gewerkschaften stellten oft einen Hemmschuh dar.

Wir denken, dass eine gemeinsame Bewegung von Arbeiter*innen mit und ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, die dieses System an seinen Wurzeln – der Wirtschaft – anpackt, die Macht haben kann, die rassistischen Gesetze und Strukturen hinweg zu fegen. Kleine, symbolische Aktionen kann der Staat monate- und jahrelang hinhalten. Wenn Millionen von Arbeiter*innen im ganzen Land zur gleichen Zeit streiken, wird er das nur wenige Stunden aushalten. Deswegen müssen wir die Gewerkschaften nicht nur mit Appellen, sondern mit Organisation und Druck von der Basis dazu bringen, den Kampf der Geflüchteten aufzunehmen. Arbeiter*innen jeden Aufenthaltsstatus, vereinigt euch!

Dieser Artikel wurde am 17. Mai als Flugblatt auf der Blockupy-Demonstration in Berlin verteilt.



„Theorie ohne Praxis ist nicht viel wert.“

Turgay Ulu, Autor, Schriftsteller, Revolutionär und Asylsuchender, sprach mit uns über seine Rolle als Geflüchteter aus der Türkei. Dort wurde er aufgrund seiner politischen Tätigkeiten festgenommen und verbrachte 15 Jahre in Isolationshaft. Er musste im Gefängnis auch Folter durch Polizist*innen erleiden. [...] Über Griechenland konnte er nach Deutschland gelangen, wo er seine revolutionäre Aktivität fortsetzt und einer der Sprecher der Geflüchteten vom Oranienplatz in Berlin ist. Er erzählte uns von der Situation der Geflüchteten in Deutschland und in Europa und ihrer Bewegung, über staatliche Repressionen, die europäische Linke und die Perspektive einer Verbindung des Kampfes mit der Arbeiter*innenklasse.

INTERVIEW VON HOVHANNES STURMVOGEL, FU BERLIN, JURA UND SÖREN LUXBACH, HU BERLIN, GEOGRAPHIE

Ein revolutionärer Parlamentsabgeordneter, Christian Castillo, aus Argentinien sagte, dass ein halbtägiger Streik der deutschen Betriebe ausreichen würde, um die Forderungen der Refugees durchzusetzen. Wäre eine solche Verbindung zur Arbeiter*innenklasse so wirksam? Wie ist deine Meinung dazu?

Wir möchten mit der Arbeiter*innenbewegung in Deutschland zusammenarbeiten, ebenso mit den Gewerkschaften. Auch als Entrechtete und Arbeitslose sind wir Teil der Arbeiter*innenklasse, für mich also eine Proletarier*innenbewegung; der Streik steht nicht umsonst in unserem Namen – wir streiken nicht in der Fabrik, sondern auf der Straße. Aber das Problem ist, dass es hier keine revolutionären Gewerkschaften gibt, sie sind aufseiten des Staates. [...]

Wäre es dennoch nicht besser, euren Streik auf der Straße mit jenem in der Fabrik zu verbinden?

Natürlich möchten wir das! [...] Es gab hier und da formale und organisatorische Unterstützung, aber eine große Zusammenarbeit kam bisher nicht zustande. Aber viele linke Gruppen meinen, wir gehörten nicht zur Arbeiter*innenklasse, obwohl wir eine antirassistische, anticoloniale und antikapitalistische Straßenbewegung sind . . . Aber was sind wir dann? Wir haben kein Kapital, wir sind keine Bourgeois und gehören nicht zum Kleinbürgertum. Welche Klasse sind wir dann? Es kam keine Antwort – das ist Dogmatismus. Für mich ist jede*r, der*die weder zum Kleinbürgertum noch zur Bourgeoisie gehört ein Teil des Proleta-

riats, seien es Studierende, die Arbeitslosen oder auch Obdachlosen – ohne dabei die jeweiligen verschiedenen Kategorien zu missachten. Aber selbst die Arbeiter*innen in der Fabrik gehören nicht alle in die gleiche Kategorie.

Meinst du, es könnte in naher Zukunft eine revolutionäre Bewegung in Europa geben?

Europa braucht unbedingt eine revolutionäre Organisation. Zurzeit hat die europäische Linke viele theoretische wie praktische Probleme. [...] Zu ihnen gehört der Eurozentrismus und der Dogmatismus. Die europäische revolutionäre Aktivität ist zumeist eine Hobbyaktivität, sie ist nicht stark, was auch damit zusammenhängt, dass Deutschland eine imperialistische Macht ist. In der Geschichte des Sozialstaates wurde viel Zucker gegeben. Die revolutionäre Bewegung wurde immer kontrolliert und konnte nie groß werden.

Es sind also im wesentlichen zwei Probleme, die du feststellst: Erstens die „Hobbyaktivität“ der Aktivist*innen und zweitens die staatliche Kontrolle respektive Überwachung.

Ja, in den vergangenen eineinhalb Jahren haben wir viel gekämpft auf der Straße, unsere Füße sind kaputt. Viele NGO haben Projekte mit uns gemacht, Projekte für Flüchtlinge, ich weiß nicht, woher sie das Geld haben. Aber das ist eine schlechte Position, denn warum machen die Flüchtlinge nicht selbst diese Projekte? Denn wir sind es, die kämpfen. Jene kämpfen nicht mit, aber haben immer ein Projekt, sei es ein Buch- oder Film-

projekt, Fotoprojekt oder noch andere. Und jedes Projekt ist von der NGO oder gar vom Staat finanziert...

Sie reden also über euch, kämpfen aber nicht mit euch auf der Straße?

Ja, die deutschen Leute sitzen lange Zeit auf der Bühne und reden über das Lager-system, die Grenzen; viel über Theorie. Aber ohne die Flüchtlinge mit einzubeziehen. Das ist ein großes Problem! Für mich ist die Theorie ohne die Praxis nicht viel wert. Erst müssen wir kämpfen und dann schreiben wir die Theorie. Auch Marx bezog sich in seiner Theorie auf die Praxis der Pariser Commune, die Erfahrung war ihm sehr wichtig. Wir müssen selbst die Theorie weiterentwickeln.

[...]



Eine ungekürzte Version gibt es auf unserer Homepage:
waffenderkritik.wordpress.com/2014/04/11/interview-mit-turgay-ulu/

Frauen*: Zwischen Imperialismus und Sexismus

VON SOPHIE SCHMIDT, FU BERLIN, KUNSTGESCHICHTE

Im Mai und Juni gab es eine Veranstaltungsreihe „Marxismus und Geschlecht“, da sowohl Informations- als auch Diskussionsbedarf zu diesem Themenkomplex existiert.

Inhalt des zweiten Vortrags aus der Reihe war die Situation der Frauen* im Imperialismus. Denn Imperialismus führt einerseits zu Unterdrückung und Ausbeutung in den halbkolonialen Ländern und treibt Millionen in die Flucht und Migration. Migration in die zentralen Länder, wie zum Beispiel Deutschland, ist also Ausdruck von Imperialismus. Zu Gast war Natalia vom International Women Space, die von der Organisation und der aktuellen Situation der Frauen* am Berliner Oranienplatz berichtete.

Als Imperialismus bezeichnet man die Rivalitäten zwischen einigen wenigen kapitalistischen Ländern, deren Ziel größtmögliche ökonomische, politische und territoriale Macht ist. Er ist Resultat von ökonomischen Bedingungen, die so weit vorangeschritten sind, dass sie auf die Überschreitung nationaler Grenzen angewiesen sind. Als geschichtliche Epoche begann der Imperialismus in der Zeit des späten 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Zu dieser Zeit begann die Aufteilung der Welt unter den kapitalistischen Ländern. Aber auch heute leben wir noch im Imperialismus, wenn es auch nicht so offensichtlich ist. Immer noch scheinen sich die wenigen westlichen Länder für den Rest der Welt verantwortlich zu fühlen und sie ökonomisch auszubeuten. Zahlreiche Auslandseinsätze sind der Beweis. Paradoxaerweise geschehen diese häufig unter dem Vorwand der Frauen*befreiung: Die Unterdrückung der Frauen* beispielsweise in muslimisch geprägten Ländern ist nicht von der

Hand zu weisen und scheint die Einsätze der westlichen Mächte zu rechtfertigen. Gleichzeitig führen Militärinterventionen nicht zu der Befreiung von Frauen*, oft werden sie nur mehr in den kapitalistischen Produktionsprozess eingebunden, und so von westlichen Kapitalist*innen ausgebeutet.

Im eigenen Land sieht man die Dinge nicht ganz so eng. Auch in Deutschland werden Frauen* unterdrückt, nur scheint daran niemand Anstoß zu nehmen. Während die Situation der Europäerinnen mäßig ist, ist die der Migrantinnen katastrophal.

In der Refugee-Bewegung sind hauptsächlich Männer* aktiv. Das liegt zum Einen daran, dass es für Frauen* schwerer ist zu fliehen als für Männer*, sie müssen sexuelle Übergriffe befürchten und haben meist nicht die finanziellen Mittel. Aber auch in Deutschland müssen geflüchtete Frauen* sich noch ganz anderen Problemen stellen als Männer*. Sprachbarrieren machen insbesondere Arztbesuche schwierig bis unmöglich. In der Schwangerschaft ist das besonders heikel, weil so keine optimale Versorgung gewährleistet ist. In Lagern müssen sich die Frauen* gegen eine Überzahl an Männern* behaupten. Eheschließungen entstehen zum Teil aus der Not heraus, wobei die Frauen* ihren Ehepartnern mangels Perspektiven absolut ausgeliefert sind. Die psychische Belastung, die aus dieser Situation heraus entsteht, ist immens. All dies treibt die Frauen* in die Isolation, aber auch in prekäre Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnssektor (wo sie als billige Arbeitskraft durchaus erwünscht und notwendig sind und oft illegalisiert arbeiten).

Hier greift International Women Space. Den IWS gibt hauptsächlich al-

leinstehenden Frauen* einen sicheren Rückzugsort. In der besetzten (vormaligen Gehrhart-Hauptmann) Schule in der Ohlauer Straße ist die 2. Etage allein Frauen* vorbehalten. Doch der IWS ist mehr als nur ein Ort zum Leben. Die Bewegung, die seit ca. anderthalb Jahren aktiv ist, besteht aus Refugee-Frauen*, Migrantinnen und europäischen Supporterinnen. Der IWS vertritt die Interessen der Frauen* und macht diese und die alltäglichen Probleme von Frauen* in der Migration mittels Demos, Soliparties oder Workshops publik, es bietet einen Ort um Erfahrungen auszutauschen, zu diskutieren, Probleme - auch psychische - zu lösen und sich zu organisieren. Die Frauen* lernen dort ihre Stärken zu erkennen. Ein wichtiger Pfeiler des IWS ist der kostenlose Deutschunterricht, der es den Frauen* leichter machen soll, in Deutschland Fuß zu fassen.

Die Hauptforderungen von IWS sind:

- » Freie Wahl des Wohnortes
- » das Recht sich frei zu bewegen
- » das Recht auf eine eigene Wohnung für alle, die in Lagern leben
- » die Abschaffung der Residenzpflicht
- » das Recht auf Arbeit und eine angemessene medizinische Versorgung
- » Zugang zu Bildung

Der Kampf für die Forderungen der Refugee-Frauen* muss, um erfolgreich zu sein, von einer klassenkämpferischen, antiimperialistischen Frauen*bewegung aufgenommen werden. Eine solche Bewegung muss die Instrumentalisierung von Frauen*rechten durch Imperialist*innen immer wieder denunzieren, Solidarität mit antiimperialistischen Kämpfen in den halbkolonialen Ländern organisieren und gegen die Imperialist*innen im eigenen Land kämpfen.



Venezuela: Studis als Vorhut der Reaktion?

VON AARON MEINHARD, FU BERLIN, ALTERTUMSWISSENSCHAFTEN

Der Tod von Hugo Chávez Anfang 2013 stellte und stellt das politische System Venezuelas vor eine harte Probe: Die Regierung der PSUV war immer auf eine Integration unterschiedlicher sozialer Interessen durch Chávez ausgerichtet. Nicht umsonst heißen ihre Anhänger *chavistas*, nicht umsonst wird Chávez einem Heiligen gleich verehrt. Es ist also kein Wunder, dass die Regierung des Präsidenten Nicolás Maduro seit Anfang des Jahres sich starken Gegnern gegenüber sieht.

Für Maduro, der als ehemaliger Vizepräsident Chávez' bei den Wahlen 2013 gleich dessen Nachfolger wurde, ist die Lage ziemlich einfach: Faschist*innen und ausländische Agent*innen wollen das Land destabilisieren. Völlig unrecht hat er tatsächlich nicht. Die Massenproteste, die seit einigen Monaten Venezuela in eine weitere Krise versetzt haben, werden von der rechten Opposition angeführt. Student*innen und Angehörige des Kleinbürger*innentums protestieren zwar vor dem realen Hintergrund einer sozialen und wirtschaftlichen Misere in Venezuela. Aber vor allem geht es ihnen gegen den Strich, dass der Chavismus über Jahre hinweg auch den Armen in den Städten und auf dem Land ein paar Krümel mehr vom Kuchen abgegeben hat als im Kapitalismus üblich. Und deswegen geht es ihnen um die Verteidigung Venezuelas, vor allem gegen die „Kommunist*innen“, die das Land umzingelten, um es zu versklaven, ganz besonders die „erfolgreichen Menschen“ in ihm.

Es ist allerdings keineswegs so, dass Protest im heutigen Venezuela falsch wäre und alle, die sich mit der Regierung der chavistischen Clique um Maduro nicht zusammenschließen, Reaktionär*innen wären. Im Gegenteil: Die Inflation ist mit fast 60 % gigantisch. Auch sonst fehlen teilweise die grundlegendsten Gebrauchsgüter im Land. Der Chavismus in Venezuela hat über Jahre hinweg tatsächlich mit Verstaatlichungen großer Unternehmen und der Gründung sozialer Einrichtungen und von Kooperativen den Armen in Stadt und Land einige soziale Fortschritte verschafft. Doch das lag nicht an einem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, wie ihn Chávez und seine Partei PSUV versprochen. Vielmehr konnte die Regierung aufgrund der hohen Einnahmen in der staatlichen Erdölförderung so-

ziale Projekte finanzieren. Doch die Abhängigkeit Venezuelas vom kapitalistischen Weltmarkt wurde damit nicht ansatzweise überwunden, geschweige denn die Herrschaft kapitalistischer Privateigentümer*innen im Land selbst. Nun spürt Venezuela die weltweite Krise mit aller Härte.

Maduro hat allerdings angesichts der Krise und der rechten Protestbewegung nicht die geringste Absicht, die Versprechungen vom Sozialismus wahr zu machen und die Arbeiter*innenklasse zu mobilisieren. Ganz im Gegenteil sucht er sich Verbündete und Verhandlungspartner*innen in den Vertreter*innen der „moderaten“ rechten Opposition der MUD seines ehemaligen Wahlgegners Henrique Capriles. Außerdem immer dabei: die Unternehmer*innen. Denn mit wem sonst sollte die venezolanische Wirtschaft produktiver gemacht werden, als ihren Eigentümer*innen? Die gerade für Sozialist*innen nächstliegende Option, nämlich diejenigen, die produktiv sind – die Arbeiter*innen – sind da uninteressant. Vielmehr werden ihre Versuche, gegen das Elend und die Angriffe der Kapitalist*innen auf ihre Rechte zu kämpfen, vom Staat mit härtester Repression beantwortet: Zur Zeit stehen fast 150 Arbeiter*innen für ihre Teilnahme an einem der zahlreichen Kämpfe für höhere Löhne oder Tarifverträge vor venezolanischen Gerichten. Im Zuge der Proteste verteidigte Maduro zudem die Repression und legte nicht nur damit seine arbeit*innenfeindliche Einstellung offen.

In Venezuela besteht die Basis der Reaktion, wie weiter oben schon beschrieben, auch und gerade aus Studierenden. Die studentischen Aktivist*innen entstammen der klein- und großbürgerlichen Elite des Landes, die für mehr Spielraum für den Imperialismus eintreten und ihre Privilegien und zukünftigen Profite verteidigen.

Auch als Antwort auf solche internationalen Phänomene wollen wir von **WAFFENDERKRITIK** in Deutschland eine revolutionäre, klassenkämpferische Strömung unter Studierenden aufbauen, die sich mit den kämpfenden Arbeiter*innen vereinigt. Damit es in Venezuela, Deutschland und weltweit einen Sozialismus geben kann, der länger hält als die ersten anderthalb Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts.

Gegen Repression!

VON BASTIAN SCHMIDT, UNIVERSITÄT POTSDAM, JURA

Linke Gruppen und Aktivist*innen sind immer wieder Betroffene staatlicher Repression. Das allein ist keine neue Erkenntnis. Auch wir von **WAF-FENDERKRITIK** haben in vielen Protesten interveniert und die Bekanntschaft mit repressiven Apparaten machen müssen. Sei es im Rahmen des Einzelhandelsstreiks letzten Winter, der Proteste gegen die neue Rahmenstudien- und -prüfungsordnung (RSPO) an der FU, des Refugee Schul- und Unistriks dieses Jahr und einigen anderen Protesten. Jedes Mal zeigte sich, dass die Polizei die Interessen der Herrschenden vertritt. Mit teils abstrusen Begründungen wurden Genoss*innen angezeigt oder sogar festgenommen. Doch welchen Zweck verfolgt der bürgerliche Staat mit diesen Repressionen?

Repressionen sind immer ein Ausdruck des Selbsterhaltungstriebes eines Staates. Sie dienen dem Schutz vor gravierenden Strukturwandlungen. Denn das gültige Recht ist Ausdruck der Herrschaftsverhältnisse. Es dient also vor allem der Verteidigung dieser Verhältnisse gegenüber ihren Gegner*innen. Das bedeutet, dass nicht nur die konkreten Maßnahmen der Polizei repressiv sind, sondern dass bereits das Recht, auf dessen Grundlage die Polizei handelt, repressiv ausgestaltet ist. Auch unsere Genoss*innen sind von Repression betroffen. Während des Einzelhandelsstreiks wurden sie u. a. bei einer Aktion vor einer H&M - Filiale mit dem Vorwurf der Rädelsführerschaft konfrontiert, nachdem sie sich mit den streikenden Beschäftigten solidarisiert hatten. Dabei ist die Solidarisierung mit den Beschäftigten für uns ein zentraler Punkt. Denn die Arbeitsbedingungen, die heute erkämpft werden, sind unsere Arbeitsbedingungen von morgen. Auch an den Universitäten erleben wir Repression. Bei den RSPO - Protesten an der FU letztes Jahr hat der Präsident der Universität Polizei auf den Campus geholt, um die Verabschiedung der neuen, restriktiveren Prüfungsordnung trotz massiver studentischer Proteste durchziehen zu können. Der Aufbau einer lebendigen Massendemokratie soll dadurch bereits im Keim erstickt werden. Auch danach kam es zu Anzeigen gegen einzelne Ak-

tivist*innen wegen Sachbeschädigung. Erst dieses Jahr bewies der bürgerliche Staat, dass er auch vor der Festnahme von Schüler*innen nicht zurückschreckt. Im Februar versammelten sich in Berlin mehrere Tausend Schüler*innen und Studierende, um für den Erhalt des Refugee-Camps auf dem Oranienplatz zu demonstrieren. Dabei kam es zu mehreren Festnahmen. Ihnen wurde versuchte Körperverletzung an Polizist*innen vorgeworfen. Trotz dieser Vorfälle existiert weiterhin das Refugee Schul- und Unistrike-Bündnis, an dem auch wir von **WAF-FENDERKRITIK** uns beteiligen, um trotz der Räumung des O-Platzes die Solidarisierung mit den Geflüchteten durch die Organisation von Info-Veranstaltungen und konkreten Aktionen voranzutreiben.

Die Liste der Repressionen ließe sich leider noch erweitern. Damit wird umso deutlicher, dass das Recht eben keinen neutralen Charakter besitzt. Nicht jede*r ist vor dem Gesetz gleich. Denn auch wenn der Aktivismus nicht ausdrücklich strafbar ist, werden über das geltende Strafrecht Vorwürfe gestrickt, die den Aktivismus dann eben doch bestrafen. Beispielsweise steht das Urteil gegen den Antifaschisten Tim, der letztes Jahr wegen versuchter Körperverletzung und schwerem Landfriedensbruch zu 2 ½ Jahren Haft verurteilt wurde. Die Urteilsbegründung war dabei sogar aus bürgerlich-rechtsstaatlicher Sicht überaus abenteuerlich, machte aber deutlich, dass es lediglich darum ging, ein Exempel zu statuieren. Diese Fälle stellen uns vor große politische und finanzielle Herausforderungen, bei der wir auf Unterstützung angewiesen sind. Denn diese Maßnahmen dienen der Spaltung von Bewegungen und der Isolierung einzelner Personen.

Auch wenn wir finanzielle Unterstützung leisten können, ist mensch als Aktivist*in allein dem Staat letztlich ausgeliefert. Die Drohkulisse wird durch das in der Regel massive Polizeiaufgebot auf Demonstrationen erheblich verstärkt. Denn auch wenn wir ein Recht auf Protest haben, wird dieses Recht über die Versammlungsgesetze und die konkreten polizeilichen Auflagen gleichzeitig enorm eingeschränkt.

Hinter all diesen Maßnahmen verbirgt sich letztlich die Verteidigung der heutigen Herrschaftsverhältnisse. Es reicht demnach nicht, nur für Reformen zu kämpfen oder die Abwahl gewisser Mitglieder der herrschenden Klasse zu fordern. Denn auf eine*n bürgerliche*n Politiker*in folgt lediglich ein*e andere*r. Repression wird es solange geben, solange dieser bürgerliche Staat existiert. Dagegen müssen wir kämpfen. Anti-Repressions-Politik ist in der deutschen Linken leider häufig nur defensiv, sie beschränkt sich darauf, geschehene Repression mit juristischer Hilfe und Soli-Partys erträglicher zu machen. Diese Arbeit ist wichtig und ein zentraler Bestandteil jeglicher politischer Arbeit. Aber wir wollen auch darüber nachdenken, wie wir auch mit Anti-Repressions-Kampagnen in die politische Offensive gegenüber diesem Staat und seinen Repressionsapparaten gehen können. Das bedeutet beispielsweise, dass wir jeden einzelnen Fall nicht nur allein im Kontext von Repressionen abhandeln, sondern immer die politischen Dimensionen im konkreten politischen Kontext beurteilen. Eins gilt jedoch in jedem Fall: Betroffen sind Einzelne, gemeint sind wir alle!





VON HOVHANNES STURMVOGEL, FU BERLIN, JURA

Seit Monaten tobt ein Kampf um die Ukraine, der mit der Zeit immer gewaltsamer wird und seinen bisweil traurigen Höhepunkt mit dem faschistischen Angriff auf ein Gewerkschaftshaus in Odessa fand. 43 Menschen wurden in den Flammen ermordet. Dieser Massenmord ist eine direkte Konsequenz der imperialistischen EU-Politik mit der deutschen Regierung an der Spitze, da sie massiv für die Destabilisierung des Landes verantwortlich ist und mit finanzieller Hilfe ihre Interessen durchzusetzen versucht. So stellte der Außenminister Frank-Walter Steinmeier vor laufenden Kameras am 21.02.2014 den Kiewer Machthabern einen Scheck über mehrere Millionen Euro aus. Dass auch der Parteichef der Swoboda, Oleg Tjagnibok, ein Antisemit sowie Verehrer des Nazi-Kollaborateurs Stephan Bandera, dabei war, machte ihm nichts aus. Ebenso stört es die Berliner Regierung nicht, mit den Faschist*innen offen zusammenzuarbeiten. Dabei weiß sie um die „Echtheit“ der Faschist*innen; etwaige Herabstufungen zu „Rechtspopulisten“ zeigen da nur die Hilflosigkeit der versuchten Verschleierung. Dementsprechend wird das Massaker in den deutschen Medien ganz im Sinne der Herrschenden klein geredet und abgetan. Dass sich in Kiew vor rund drei Monaten eine Regierung unter Führung der westlich orientierten Bourgeoisie – nicht umsonst ist der Süßwarenmilliardär Petro Poroschenko derzeit aussichtsreichster Kandidat für die anstehende Wahl am 25. Mai – verfassungswidrig an die Macht putschte, nimmt sie so hin, ihr eigenes Mantra der „Rechtsstaatlichkeit“ missachtend. Denn sie weiß, dass die Konsorten um den derzeitigen Übergangspräsidenten Alexander Turtschinow fleißig für die Interessen der imperialistischen EU

arbeiten wird: etwaige Sparprogramme sind schon angekündigt.

Jene Regierung besteht aus der rechtskonservativen Vaterlandspartei um Julia Timoschenko sowie der faschistischen Swoboda-Partei, die u.a. den Verteidigungsminister und Generalstaatsanwalt stellt. Swoboda versucht derzeit zusammen mit dem noch radikaleren faschistischen „Rechten Sektor“ ihre Milizen in das ukrainische Militär zu integrieren oder die Milizen als „Paramilitärs“ unter rechtlichen Schutz mit den Streitkräften zu assoziieren. Derweil befindet sich das ukrainische Militär in einem äußerst desolaten Zustand. Viele Teile der Streitkräfte stehen der neuen Kiewer Regierung nicht loyal gegenüber oder sind offen zu separatistischen Kräften im Osten des Landes übergelaufen. Dort versuchen prorussische Separatist*innen das Schauspiel zu wiederholen, welches unter der Regie der russischen Regierung bereits Anfang/Mitte März auf der Halbinsel Krim gespielt wurde: Sezession eines Teilgebietes der Ukraine unter Zuhilfenahme eines Referendums. Jenes wurde nun am 11. Mai in den Gebieten Donezk und Luhansk abgehalten, wobei die große Mehrheit der Wählenden, bei sehr hoher Wahlbeteiligung, angeblich für mehr Souveränität votierte; wie diese Souveränität allerdings aussehen soll, ob in Form eines neuen Staates oder eines Anschlusses an die Russische Föderation, ist noch unklar. Während sich die ukrainische Marionettenregierung mit der Abspaltung der Krim scheinbar abgegeben hat, wäre ein Verlust des Donbass-Gebietes sowohl für Kiew als auch für die westlichen Geldgeber namens USA und IWF ein Desaster, befinden sich doch dort die meisten Rohstoffe des Landes wie z.B. Kohle. Eben deshalb gewährte der IWF



der Kiewer Führung einen Kredit von über 18 Milliarden USD, damit rechnend, dass er das Geld wohl nicht mehr sehen wird. Die Gewährung erfolgte interessanterweise auch mit der Zustimmung Russlands im IWF-Exekutivkomitee, denn der Kreml, einer der größten Gläubiger der Ukraine, weiß, dass dieses Geld wohl in die Kassen des Staatskonzerns Gazprom fließen wird.

Es ist dabei unzweifelhaft, dass der Kreml die prorussischen Kämpfer*innen militärisch wie logistisch mehr als unterstützt: Einige der Kämpfer*innen haben sich derweil auch schon als erfahrene Soldat*innen aus den Tschetschenienkriegen ausgegeben. Nichtsdestotrotz haben die örtlichen Separatist*innen die organisatorische wie befehlshaberische Gewalt in ihren Händen, wobei sich auch in ihren Reihen einige Kriegsveteranen (etwa aus dem Afghanistan-Feldzug der UdSSR) befinden. Auch das erklärt die scheinbare Leichtigkeit, mit der sie Dutzende Verwaltungsbehörden im Osten des Landes einnahmen. Moskau betrachtet die Ukraine als ihr Interessengebiet und so kommt es, dass eine Regierung, welche die faschistische Front National aus Frankreich oder die Jobbik-Partei aus Ungarn in den Kreml einlädt, plötzlich einen antifaschistischen Kampf führen will. Dieser Anachronismus erklärt sich mit dem Opportunismus und dem Wesen der russischen Regierung: Putins Partei „Einiges Russland“ ist offen nationalistisch und aufs engste mit der reaktionären Orthodoxen Kirche verbunden. Sie ist das Erbe des stalinistischen Systems und übernimmt daher auch schamlos ihre Symbolik. Eine solche Führung hat die Bezeichnung „antifaschistisch“ nicht verdient, vielmehr vereint sie alle Merkmale eines reaktionären Militarismus, welcher sich

die riesigen Eisenerzvorkommnisse im Donbass einverleiben will. Doch dort ist auch die Heimat der einzig progressiven Klasse in diesem blutigen Konflikt ...

Bis zu 16 Stunden müssen die Bergarbeiter*innen in den Kohlegruben arbeiten, um den Reichtum des Landes zu produzieren, egal unter welcher Fahne dies geschieht. Dabei werden sie miserabel entlohnt, viele von ihnen arbeiten auch illegal, kennen keinerlei Rechte und werden so in jeder Hinsicht ausgebeutet. Die Arbeiter*innenklasse – sie allein ist in der Lage dem imperialistischen Spuk ein Ende zu bereiten. Sie muss nur organisiert und für den Kampf vorbereitet werden; jedoch fehlt bislang ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad geschweige denn eine revolutionäre Partei. Liegen diese Voraussetzungen vor, so hat sie die Kraft all die imperialistische wie reaktionäre Last von sich zu werfen und zum Leben zu erwachen. Wehe jenen, wenn sie zum Leben erwacht.



Gramsci v

Wer befreit die

VON STEFAN SCHNEIDER, FU BERLIN, POLITIKWISSENSCHAFTEN

Die Wissensproduktion an der Universität dient in der Regel dazu, die herrschenden Verhältnisse zu festigen: Es ist Wissen im Sinne der herrschenden Klasse, das zur Legitimation der Ausbeutung und der Unterdrückung durch das kapitalistische System dient. Deshalb sind diejenigen, die in dieser Gesellschaft unterdrückt werden, an der Universität oftmals nur insofern Studienobjekt, wie es zur Aufrechterhaltung und Effizienzsteigerung ihrer Unterdrückung dient.

Eine mögliche Ausnahme bietet die Auseinandersetzung mit Subalternität. Der Begriff wurde ursprünglich vom revolutionären Kommunisten Antonio Gramsci geprägt. Genauso kommt er in den Theorien der postkolonialen Literaturwissenschaftlerin Gayatri Spivak vor. Gramsci ist unter links angehauchten Akademiker*innen seit Jahren in Mode, während Spivak mehrere tausend Menschen zu einer Veranstaltung an

der Humboldt-Uni bringen konnte.

Welche Unterschiede gibt es beim Konzept der Subalternität bei Gramsci und bei Spivak? Welche politischen Konsequenzen ergeben sich daraus? Was kann dieses Konzept zum Kampf gegen Unterdrückung beitragen? Als Teil der Debatte zwischen Marxismus und Postkolonialismus, die wir in der ersten Ausgabe von **WAFFENDERKRITIK** begonnen haben, wollen wir auf diese Diskussion eingehen.

Subalterne als Klasse: Gramscis Begriff der Subalternen

Antonio Gramsci war ein italienischer Kommunist, der einen großen Teil seines politischen Lebens im Gefängnis verbrachte, wo er die Mehrzahl seiner Ausarbeitungen über verschiedenste Fragen marxistischer Theorie anfertigte. Als Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens und Mitglied der Kommunistischen Internationale erlangte er in den 1920er Jahren internationale Bedeutung. Seine gesamte politische Arbeit stand im Zeichen der Ausdehnung der sozialistischen Revolution in Russland auf Europa und des Kampfes gegen den italienischen Faschismus. Auch nach seiner Verhaftung im November 1926 blieb Gramsci der Idee der Revolution treu; die Notizen in seinen „Gefängnisheften“¹ sind so zu verstehen, dass sie Versuche darstellen, die Niederlage gegen den italienischen Faschismus zu verarbeiten, um die Bedingungen für den Sieg der sozialistischen Revolution herauszuarbeiten.

Gramscis erste Beschäftigung mit der Frage der Subalternität findet sich in einem Aufsatz mit dem Titel „Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens“, welchen er kurz vor seiner Verhaftung schrieb². Auch wenn der Begriff „Subalterne“ in dem Text nicht direkt benannt wird, so stellt er gleichwohl eine erste Annäherung an das politische Problem der Subalterne, in diesem Fall der Bauernmassen des italienischen Südens, dar. In dem Aufsatz befasst sich Gramsci mit der sozialen Struktur Sü-

¹ Gramsci, Antonio: Gefängnishefte. 10 Bde. Hamburg 1991-2002.

² Gramsci, Antonio: Einige Gesichtspunkte zur Frage des Südens. In: Ders.: Die süditalienische Frage. Beiträge zur Geschichte der Einigung Italiens. Berlin 1955. S. 5-31.



vs. Spivak e Subalternen?

ditaliens und der Rolle der Intellektuellen in der Aufrechterhaltung der Unterdrückung Süditaliens. Oder andersherum gesagt: Er möchte herausarbeiten, welche Strategie notwendig ist, um die Unterwerfung der süditalienischen Bauernmassen unter die herrschende Elite zu überwinden. Der zentrale Punkt, den Gramsci hier betont, ist die Rolle von Intellektuellen in der politischen Führung unterworfenen Gruppen: In Süditalien hätten die führenden Intellektuellen wie Giustino Fortunato oder Benedetto Croce, anstatt die Interessen der Massen des Südens zu vertreten, eine Schlüsselfunktion in der Verteidigung der dominanten Herrschaftsstruktur übernommen: „Über dem Agrarblock fungiert im Süden ein Block von Intellektuellen, der es bisher praktisch verhindert hat, daß die Risse im Agrarblock zu gefährlich wurden und einen Erdbeben verursachten. [...] In einem weiteren Umkreis als dem des dumpfen Agrarblocks haben sie erreicht, daß die Formulierung der Probleme des Südens bestimmte Grenzen nicht überschritt, daß sie nicht revolutionär wurde. [...] In diesem Sinne hat Benedetto Croce eine sehr wichtige, nationale Mission erfüllt. Er hat die radikalen Intellektuellen des Südens von den Bauernmassen losgelöst“³.

Als Konsequenz daraus schlägt er der kommunistischen Arbeiter*innenbewegung vor, die politische Führung der Bauernmassen zu übernehmen, indem sie sich ihre Forderungen zu eigen mache. Dabei ist diese Allianz zweiseitig: Nur durch die Allianz mit der Arbeiter*innenbewegung können die Bäuerinnen und Bauern aus ihrem Elend entkommen; und nur durch die Allianz mit den Bäuerinnen und Bauern kann die Arbeiter*innenbewegung im italienischen Süden die Revolution vorantreiben: „Um als Klasse herrschen zu können, muß das Proletariat alle zünftlerischen Überreste, alle Vorurteile oder Einschläge syndikalistischer Art abstreifen. [...] Sie müssen als Mitglieder einer Klasse denken, die die Bauern und die Intellektuellen führen will, einer Klasse, die nur dann siegen und den Sozialismus aufbauen kann, wenn die große Mehrheit dieser sozialen Schichten sie unterstützt und ihr folgt. Wenn das nicht erreicht wird, wird das Proletariat nicht die führende Klasse, und diese Schichten, die in Italien die Mehrheit der Bevölkerung bilden, bleiben unter bürgerlicher Führung und ermöglichen es dem Staat, dem Ansturm des Proletariats standzuhalten und zu brechen.“⁴ „[...] Das Proletariat wird den Agrarblock des Südens in dem Maße zerschlagen, in



dem es ihm auf dem Wege über seine Partei gelingen wird, immer größere Massen von armen Bauern in selbständigen und unabhängigen Verbänden zu organisieren.“⁵

Kurz danach wurde Gramsci verhaftet und musste seine weitere Arbeit im Gefängnis fortführen. Über die Jahre hinweg machte er immer wieder Anmerkungen zum Studium subalternen Klassen (so ausführlicher in Heft 3, Heft 4 und vereinzelt in den Heften 10, 14 und 21), welche er schließlich im Heft 25 unter dem Titel „An den Rändern der Geschichte (Geschichte der subalternen gesellschaftlichen Gruppen)“⁶ zusammenfass-

³ Ebd., S. 27f.

⁴ Ebd., S. 14f.

⁵ Ebd., S. 31.

⁶ Gramsci, Antonio: Gefängnishefte. Heft 25. In: Ders.: Gefängnishefte. Bd. 9. Hamburg

te. Auch wenn Gramsci an keiner Stelle vollständig das Konzept der Subalternität definiert (wobei er an verschiedenen Stellen im Heft 25 Sklav*innen, Bauern/Bäuerinnen, religiöse Gruppen, Frauen*, verschiedene Ethnien und das Proletariat als subalterne Gruppen benennt), ist klar: Subaltern sind für Gramsci diejenigen, die nicht mit der herrschenden Elite verbunden sind – Subalternität ist ein Synonym für die unterdrückten Klassen in einer Klassengesellschaft.

Daraus folgen gleichsam mehrere Konsequenzen: Subalterne sind von Gramsci zunächst ökonomisch definiert; Subalterne sind den herrschenden Eliten unterworfen; diese Unterwerfung ist aber nicht notwendigerweise überall gleich, verschiedene subalterne Gruppen können verschiedene Formen der Unterwerfung erleben. Dies beschreibt Gramsci im Sinne verschiedener, nicht klar voneinander abgrenzbarer und miteinander kombinierbarer Grade von Subalternität. Er setzt Subalternität nicht mit völligem Ausgeschlossenensein gleich, denn subalterne, d.h. unterdrückte Gruppen können verschiedene Grade an Selbständigkeit besitzen, die von völliger Unterwerfung unter die Ideologie der herrschenden Elite, über die immer selbständigere Formulierung der eigenen Interessen, bis hin zur Schaffung eigener Parteien und sonstiger Gruppierungen reichen, die die Unterwerfung überwinden wollen.

Für Gramsci nimmt die Figur des/der Intellektuellen eine besondere Rolle in dem Prozess der Führung der Subalterne ein. Jede Klasse bringt ihre eigenen Intellektuellen hervor, die „organisch“ die Interessen dieser Klasse repräsentieren⁷. Die Aufgabe dieser Intellektuellen ist es, die Interessen der eigenen Klasse zu vereinheitlichen und Allianzen mit anderen Klassen zu schmieden; als Teil der herrschenden Elite sind organische Intellektuelle diejenigen, die das Element des Konsenses in Gramscis Hegemonieverständnis liefern. Angewandt auf das Problem der Subalterne bedeutet dies, dass die am meisten fortgeschrittenen Sektoren der subalternen Klassen mittels organischer Intellektueller für die Vereinheitlichung der subalternen Interessen sorgen müssen, um auf das politische Ziel, nämlich die Befreiung der subalternen Klassen mittels einer Revolution, welche die gesamte Gesellschaft transformiert, hinzuwirken.

Spivak: Subalterne Ausgeschlossenheit

Gayatri Spivak gilt als eine der Hauptvertreterinnen der postkolonialen Literatur- und Kulturwissenschaft. Sie näherte sich dem Thema Subalternität unter Zuhilfenahme verschiedenster theoretischer Einflüsse wie Jaques Derridas Verständnis der Dekonstruktion, dem französischen Feminismus (bzw. ihrer Kritik daran) und einer (eigenwilligen) Neu-Lektüre Karl Marx⁸. Sie versteht Subalternität als einen „Raum, der in einem kolonisierten Land von den Mobilitätslinien abgeschnitten ist.“ In der Gesellschaft gäbe es normaler-

weise „Vektoren einer Aufwärts-, Abwärts, Seitwärts- und Rückwärtsmobilität. [...] Aber dann gibt es auch einen Raum, der praktisch in jeder Hinsicht außerhalb dieser Linien liegt.“⁹ Indes, während Subalterne von der Gesamtgesellschaft teilweise beeinflusst werden können, besteht Spivak darauf, dass „[s]ubalternity cannot be generalised according to hegemonic logic. That is what makes it subaltern.“¹⁰ Mit anderen Worten: Subalterne Gruppen sind diejenigen, die außerhalb des herrschenden Diskurses existieren.

Diese Definition bringt Spivak in einer anderen Form in ihrem bekanntesten Essay „Can the Subaltern Speak?“ vor, in dem sie sich unter anderem mit der Problematik der Repräsentation indischer Frauen* im Kontext ritualisierter Witwenverbrennung auseinandersetzt. Der herrschende Diskurs übergeht Spivak zufolge die eigene Position der jeweiligen Witwe komplett, indem der Akt der Verbrennung entweder als eine barbarische Manifestation der patriarchalen Gesellschaftsstruktur Indiens oder aber als freier Wille der sich opfernden Frau* dargestellt wird¹¹. Die britischen Kolonialherren bzw. die religiösen indigenen Eliten maßen sich somit an, für und also auch an Stelle der betroffenen Witwen zu sprechen. Für letztere bleibt innerhalb dieses Diskurses kein Platz. Sie können, wie Spivak es polemisch formulierte, nicht sprechen¹².

Die subalternen Frauen* in Spivaks Beispiel sind aber nicht zu passiv, um für sich selbst zu sprechen. Vielmehr ist der Sprechakt erst dann vollendet, wenn die Stimme der Sprechenden auch gehört wird¹³. Da dies im hegemonialen Diskurs aufgrund der Repräsentation durch Kolonialherren oder indigene Eliten aber unmöglich ist, verstummt die subalterne Frau*, selbst wenn sie sich äußert. Die subalterne Frau* ist „doppelt im Schatten“¹⁴, als Frau* in einer patriarchalen Gesellschaft und als Teil einer durch internationale Arbeitsteilung abhängig gemachten sozialen Gruppe, in diesem Fall der ehemals kolonisierten Inder*innen. Weiterhin bedeutet der Fakt, dass es subalternen Gruppen nicht gelingt, erhört zu werden, nicht, dass es keine Handlungsmöglichkeiten gibt. Aber immer wenn diese Handlungen erfolgreich sind, oder irgendwie im Diskurs auftauchen, ist die Sphäre der Subalternität bereits verlassen worden. Sobald sich Subalterne Gehör verschaffen, sind sie nicht mehr subaltern.

Subalterne Gruppen müssen laut Spivak trotzdem eine Handlungsfähigkeit entwickeln, und zwar mit Hilfe eines „strategischen Essentialismus“¹⁵, also des Versuches, strategisch im Hinblick auf konkrete Probleme eine gemeinsame Identität anzunehmen, die eigentlich gar nicht existiere, um eben ein Kollektiv herzustellen, welches tatsächlich handlungsfähig ist – aber immer nur temporär. Spivak weiß, dass subalterne Gruppen ständig versuchen, aus ihrer Subalternität auszubrechen, auch wenn sie dabei immer zu scheitern scheinen: „Was wir hier also vor Augen haben, ist die Geschichte eines permanenten subalternen Aufstands, der ständig scheitert, aber bis heute an-

⁹ Spivak, Gayatri Chakravorty: Ein Gespräch über Subalternität. In: Dies.: Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Wien 2008. S. 121.

¹⁰ Spivak, Gayatri Chakravorty: Scattered Speculations on the Subaltern and the Popular. In: Postcolonial Studies. Bd. 8. Nr. 4. London 2005. S. 475. A.a.O.

¹¹ Vgl. Spivak, Gayatri Chakravorty: Can the Subaltern Speak? In: Nelson, C. / Grossberg, N. (Hrsg.): Marxism and the Interpretation of Culture. Busingstroke 1988. S. 271-313.

¹² Vgl. ebd.

¹³ Vgl. Spivak, Gayatri Chakravorty: Ein Gespräch über Subalternität. A.a.O. S. 127.

¹⁴ Spivak, Gayatri Chakravorty: Can the Subaltern Speak? A.a.O. S. 288.

¹⁵ Vgl. ebd.,

1999. S. 2185-2200.

⁷ Zum Konzept der „organischen Intellektuellen“ vgl. Gramsci, Antonio: Gefängnisheft 4. §49. In: A.a.O. S. 513ff.

⁸ Vgl. Nandi, Miriam: Gayatri C. Spivak: Übersetzungen aus Anderen Welten. In: Moebius, Stephan / Quadflieg, Dirk (Hrsg.): Kultur. Theorien der Gegenwart. Wiesbaden 2006. S. 129-139.

*hält.*¹⁶ Für Spivak geht es dabei um Versuche, über Umwege eine institutionelle Handlungsfähigkeit zu erlangen. Insofern sie erfolgreich sind, hören sie auf, subaltern zu sein. Gerade aber durch den subalternen Charakter der Subjekte, die diese Aufstände versuchen, sind diese fast nie erfolgreich, wodurch die Subjekte wieder in die Subalternität zurückgeworfen werden.

Klassenkampf vs. Diskursmacht

Gramsci definiert subalterne Gruppen als diejenigen, die nicht Teil der herrschenden Elite sind, Spivak als diejenigen, die außerhalb des herrschenden Diskurses stehen. Auf den ersten Blick scheint dies eine deckungsgleiche Definition mit unterschiedlicher Formulierung zu sein. Aber die grundlegende Kategorie, die Gramsci anlegt, ist eine ökonomische, da die Position der verschiedenen Klassen, seien sie Teil der herrschenden Elite oder der Subalternen, in ihrer Relation zum kapitalistischen Produktionsprozess (bzw. zu Produktionsprozessen in vor-kapitalistischen Gesellschaften, in Gramscis Analyse des römischen Reichs) angesiedelt ist. Spivaks Kategorisierung enthält zwar auch eine ökonomische Komponente, denn die materielle Verfügungsgewalt über den Diskurs ist je nach sozialer Schicht sehr unterschiedlich, woraus folgt, dass die außerhalb des Diskurses Stehenden auch ökonomisch unterworfen sind. Aber die Grundlage von Spivaks Definition bezieht sich darauf, welche Gruppen den Diskurs beeinflussen können. Viele Sektoren, die ökonomisch unterworfen und nicht Teil der herrschenden Klassen sind, wie zum Beispiel das Proletariat, fallen bei Spivak nicht unter die Kategorie der Subalternität, da sie zumindest im begrenzten Rahmen Teil des herrschenden Diskurses sind. Die Unterwerfung, auf die die Kategorie der Subalternen ja aufmerksam machen will, lässt sich aber nicht allein auf das Fehlen von Organisation und Diskursmacht beschränken. Allerdings muss an dieser Stelle noch angemerkt werden, dass Spivak, im Unterschied zu Gramsci, explizit auf die Genderdimension von Subalternität eingeht und ausführt, dass Frauen* innerhalb von subalternen Gruppen noch einmal eine untergeordnete Stellung einnehmen und quasi „doppelt“ subaltern sind. Diese Dimension wird von Gramsci nicht angesprochen.

Methodisch basiert Gramscis Begriff der Subalternität auf einem marxistischen Verständnis der Gesellschaft als strukturiert durch grundlegend ökonomisch definierte Klassen, welche verschiedene politische, ideologische und kulturelle Ausdrücke haben können (die aber nicht völlig linear auf die ökonomische Basis zurückführbar sind, sondern eine *relative* Autonomie besitzen). Die Methode, mit der Gramsci also die Subalternen betrachtet, ordnet sich in eine Strategie der revolutionären Überwindung des Kapitalismus ein. Subalternität kann für Gramsci verschiedene Phasen beinhalten, und sein Ziel ist es, dass subalterne Gruppen die Stadien der politischen Eigenständigkeit mit einer Strategie der Machtergreifung erreichen. Dabei kann es fortschrittlichere subalterne Sektoren wie das Proletariat geben, und andere, die laut Gramsci von

diesen Gruppen angeführt werden sollen. Gramsci spricht der Arbeiter*innenklasse aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess die Führungsrolle im Kampf für die Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse zu. Die Arbeiter*innenklasse ist also diejenige, die die anderen subalternen Klassen und Gruppen unter ihr Banner vereinigen soll, um von der subalternen zur dominanten Klasse zu werden.

Spivaks Herangehensweise ist im Gegensatz dazu nicht so klar auf eine Umwälzung der Gesellschaft ausgerichtet, obwohl sie beispielsweise mit ihrem Konzept des „strategischen Essentialismus“ durchaus autonome Handlungsperspektiven für subalterne Gruppen zu formulieren versucht. Sie kann aber durch ihre diskurstheoretische Perspektive letztlich nur eine negative Beschreibung der Subalternen bieten, also als diejenigen, die man nicht wahrnimmt, die nicht Teil der „sozialen Mobilität“ sind. Es ist nun durchaus von akademischem wie politischem Interesse, diese vollständig ausgeschlossenen Schichten zu betrachten, aber damit werden die Sektoren, die für Gramsci durchaus subaltern sind und eine gewisse, begrenzte Ausdrucksmöglichkeit haben, ohne deswegen Teil der herrschenden Elite zu sein, bei Spivak aus dem Blickfeld gerückt. Obwohl dies gerade die Sektoren sind, die sich bewegen oder bewegt haben, also für ihre Rechte kämpfen. Mithin konstatiert sie, dass sie schon Teil des herrschenden Systems sind und deswegen für Spivaks Projekt uninteressant sind.

Für Gramsci war es stattdessen die politische Aufgabe, die subalternen Gruppen zu einem offensiven Bruch mit dem System zu bringen, aber gerade das wird von Spivak ignoriert, denn sie sind nicht mehr rein subaltern. Polemisch könnte man sagen, dass das subalterne Subjekt bei Spivak im Endeffekt also doch handlungsunfähig ist, denn jede Art von Handlung, die die Subalternität ansatzweise durchbricht, kann von Spivaks Analyse nicht mehr erfasst werden. Es kann sicherlich keine Rede davon sein, dass sie der Emanzipation der Subalternen bewusst entgegensteht, aber durch ihre beschränkte und zugleich schwammige Analyse kann sie keine politische Antwort auf die Frage geben, wie Subalternen ihre Unterdrückung beenden können. Gramscis Herangehensweise an die Emanzipation der Subalternen ist untrennbar mit der Etablierung einer revolutionären Partei der Arbeiter*innenklasse verbunden, mittels derer das Proletariat seine Klasseninteressen unter allen unterdrückten Gruppen hegemonial macht, damit es einen gesellschaftlichen Block für den Aufbau des Sozialismus errichten kann. Spivaks Perspektive bleibt demgegenüber letztlich deskriptiv, da sie trotz einiger Andeutungen kein wirkliches Projekt der Überwindung von Subalternität formuliert. Und dies kann auch nicht gelingen, denn wenn die Hauptkategorie von Subalternität Desorganisation und „Im-Schatten-sein“ ist, besteht die Überwindung von Subalternität schon in den ersten Ansätzen von Organisation und Sichtbarwerdung. Damit sind die grundlegenden strukturellen Ursachen, die auch Spivak für die Unterwerfung der subalternen Gruppen sieht, aber längst noch nicht beseitigt. Über diesen initialen Schritt kann sie aber in ihrer Analyse nicht hinaus gehen. Eine politische Nutzbarmachung der Analyse subalternen Klassen muss aber die Perspektive ihrer Überwindung enthalten, d.h. der Umsturz des kapitalistischen Systems, welches ihre Unterdrückung organisiert – für Gramsci und für uns ist das die Perspektive der Machtergreifung der Arbeiter*innenklasse und der sozialistischen Revolution.

¹⁶ Spivak, Gayatri Chakravorty: Ein Gespräch über Subalternität. A.a.O.. S. 125.

(Nichts) Neues aus dem StuPa

VON AARON MEINHARD, FU BERLIN, ALTERTUMSWISSENSCHAFTEN

Ihr habt uns gewählt! Zum zweiten Mal in Folge bekamen wir dieses Jahr im Januar einen Sitz im Studierendenparlament der FU. Als Marxist*innen sind wir allerdings für eine proletarische Räte-

demokratie und halten von Parlamenten nicht sonderlich viel. Und umso weniger von einem StuPa, das selbst nach bürgerlichen Maßstäben nur ein Scheinparlament ist, geknebelt vom Hochschulpolitischen Mandat. Trotzdem

glauben wir, dass wir Parlamente nutzen können, um revolutionäre Ideen zu verbreiten und – wo es möglich ist – Kämpfe von unten zu unterstützen. Unter besonderen Bedingungen, wie wir in unserem Wahlprogramm schrieben: „[W]ir [wollen] unseren Sitz demokratisieren [...] unser Vorgehen im StuPa auf offenen Treffen [...] besprechen und beschließen [...]. Dies haben wir im letzten Jahr nicht immer eingelöst, werden es aber dieses Jahr umzusetzen.“ Nun ist mittlerweile schon die zweite StuPa-Sitzung dieser Wahlperiode ins Land gegangen – und wir haben es wieder nicht geschafft.

Wir haben es wieder nicht geschafft, unseren Sitz zu einem offenen, demokratischen Sitz der kämpferischen Studierenden zu machen und unter den Bedingungen des StuPa kleinteilig die Wirksamkeit unserer Vorstellung von einer lebendigen Demokratie der Massen unter Beweis zu stellen. Wir haben es wieder nicht geschafft, eine Brücke zwischen der Realität der Studierenden und ihrer politischen Auseinandersetzungen und dem Biotop StuPa zu schlagen und so einen Kampf für die Politisierung des StuPas zu führen.

Unser zentralstes Wahlversprechen haben wir bislang also nicht eingelöst. Da revolutionäre Abgeordnete aber nun mal nicht ihrem eigenen Gewissen, sondern dem Programm und ihrer (Wähler*innen-)Basis verantwortlich sind, muss sich das ändern. Damit es kein leeres Versprechen bleibt, halten wir es mit Lenin: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.“ Sobald der Termin für die nächste Sitzung des StuPa feststeht, organisieren wir ein offenes Treffen, das dann etwa eine Woche vorher stattfinden wird. Achtet auf unsere Ankündigungen.



Du bist Ausnahme!

*Der Mindestlohn genügt nicht als Antwort auf die Prekarisierung, die unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen immer unsicherer macht. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass er nicht weiter ausgehöhlt wird. Dabei dürfen wir aber nicht stehen bleiben, sondern müssen auch weiter für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen kämpfen – gemeinsam mit kämpfenden Arbeiter*innen.*

VON LILLY FREYTAG, FU BERLIN, VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

2015 kommt er: der Mindestlohn, eingeführt von der Großen Koalition und begleitet von einer Offensive sozialer Heilsversprechungen. Man könnte fast meinen die CDU und insbesondere die SPD würden sich ernsthaft bemühen, die von ihnen angeführten Angriffe auf die Rechte der Arbeiter*innenklasse zurückzunehmen – diesen Eindruck wollen sie zumindest erzeugen. Man kommt aber nicht umhin zu bemerken, dass im gleichen Atemzug mit der Einführung des Mindestlohns die Debatte um Ausnahmen von ihm begann. In einer Übergangphase dürfen die Löhne für Erntehelfer*innen und Zeitungsaussteller*innen den Mindestlohn wahrscheinlich unterschreiten, Branchen mit niedriger liegenden Tariflöhnen haben zwei Jahre Zeit sich anzupassen. Und völlig vom Mindestlohn ausgenommen sind Menschen unter 18 Jahren, Praktikant*innen, die ein Praktikum als Teil ihrer Ausbildung absolvieren, Auszubildende und Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten nach der Neueinstellung. Und wahrscheinlich wird es bei diesen Ausnahmen nicht bleiben: Die CDU fordert weiter die Anhebung der Altersgrenze. Der flächendeckende Mindestlohn ist so flächendeckend also gar nicht, vor allem nicht für junge Menschen, die besonders oft von prekären Arbeitsbedingungen betroffen sind und so potentiell vom Mindestlohn profitieren könnten. Außerdem öffnen diese Ausnahmen Tür und Tor für die geschickte Umgehung des Mindestlohns durch Kapitalist*innen.

Auch in der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft wird der Mindestlohn heiß debattiert: Während die einen versuchen

zu zeigen, dass ein Mindestlohn Arbeitslosigkeit verursacht, argumentieren die anderen, dass er die Nachfrage ankurbelt und so sogar potentiell für mehr Arbeitsplätze und höhere Gewinne sorgt. Beiden gemeinsam ist die Vorstellung der Ewigkeit kapitalistischer Verhältnisse. Arbeiter*innenrechte haben in dieser Welt nur solange Platz, wie sie nicht den Bedingungen der Kapitalakkumulation und -verwertung in der Volkswirtschaft schaden.

Einerseits verbessert der Mindestlohn die Einkommen von Millionen von Menschen. Nach Berechnungen des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) werden 17 Prozent derer, die statistisch als „Arbeitnehmer*innen“ bezeichnet werden, einen höheren Stundenlohn erhalten, ebenso wie 43 Prozent der Schüler*innen, Studierenden, Rentner*innen und Arbeitslosen und 44 Prozent der unter 24-Jährigen, die als „Arbeitnehmer*innen“ geführt werden (abhängig Beschäftigte ohne Auszubildende oder Menschen in arbeitsmarktpolitischen Beschäftigungsmaßnahmen). Andererseits lässt die Höhe des Mindestlohns – 8,50 Euro – einiges zu wünschen übrig. Denn er ist immer noch ein Lohn, der Menschen in Armut leben lässt. Selbst mit dem Mindestlohn müssen viele noch aufstocken – die Subvention der Profite von Kapitalist*innen durch den Staat geht also weiter.

Studierende und junge Menschen betrifft der Mindestlohn also ganz besonders – einerseits weil sie besonders oft im Niedriglohnsektor beschäftigt sind, andererseits weil Ausnahmen gerade sie treffen. Er genügt nicht als Antwort auf die Prekarisierung, die unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen immer

unsicherer macht. Deshalb müssen wir gemeinsam dafür kämpfen, dass der Mindestlohn nicht weiter ausgehöhlt wird. Dabei dürfen wir aber nicht stehen bleiben, sondern müssen auch weiter für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen kämpfen – gemeinsam mit kämpfenden Arbeiter*innen.

Gerade in Kämpfen gegen die Prekarisierung zeigen sich die Wichtigkeit und der Wert eines Bündnisses der Studierenden mit den Arbeiter*innen. Jeder Kampf für bessere Arbeitsbedingungen ist ein Kampf auch für unsere heutigen und zukünftigen Arbeitsbedingungen und ebenso ein Kampf für die Einheit der Arbeiter*innenklasse und damit für unsere Zukunft.

Wir haben deswegen beispielsweise in den dreizehn Wochen andauernden Streik der Charité Facility Management Ende 2011 interveniert und regelmäßig studentische Solidelegationen organisiert. Auch als die Beschäftigten im Einzelhandel im letzten Jahr über Monate hinweg ihren Tarifvertrag verteidigt haben, unterstützten wie sie dabei. Wir verstärkten ihre Streikposten und betrieben Aufklärung unter den Kund*innen. Für die Verteidigung des Mindestlohns brauchen wir diese Einheit umso dringender.

Gemeinsam müssen wir Druck auf die Gewerkschaften aufbauen, dass sie sich nicht auf dem Mindestlohn ausruhen, sondern ihn verteidigen, für seine Ausweitung kämpfen und Arbeiter*innen dabei unterstützen Arbeitskämpfe zu führen – gerade in prekarierten Sektoren. Lasst uns beispielsweise gemeinsam studentische Solidarität für die sich abzeichnenden Arbeitskämpfe bei Amazon und der Charité organisieren.

Wie kämpfen wir gegen die Kürzungen?

#BLDUNGSSTREIK
#2014

PETER ROBE, HU-BERLIN, GESCHICHTE UND SPANISCH AUF LEHRAMT

Ist es nicht mal wieder Zeit für einen neuen Bildungstreik? Die Unterfinanzierung in der deutschen Hochschullandschaft hat in den letzten Monaten in zahlreichen Städten zu Mobilisierungen von Studierenden und Beschäftigten geführt, die sich teilweise erfolgreich gegen die Sparmaßnahmen wehren konnten.

Die Haushaltslücken, die in fast allen Universitäten aufgrund der Sparpolitik der Länder existieren, führen zu Entlassungen von Dozent*innen und anderen Angestellten, einer Verkleinerung des Lehrangebotes und zu vollen Seminaren, kurz gesagt: einer grundlegenden Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen an der Universität. Auch wenn die Universität den Herrschenden dazu dienen soll, qualifizierte neue Arbeitskräfte und Ideolog*innen zu erzeugen, ist der Bildungssektor neben dem Gesundheitswesen eines der ersten Opfer von Sparmaßnahmen.

Nachdem die letzte große Bildungstreikbewegung vor fünf Jahren auslief, bildet sich jetzt vermehrt Widerstand gegen diese Situation. In Halle etablierte sich seit einigen Monaten eine breite Protestbewegung - Höhepunkt war die Demo vom 29.04. bei der über 6.000 Studierende, Uni-Beschäftigte, Schüler*innen und Lehrer*innen zusammenkamen, um gegen die Kürzungspläne der Landesregierung zu kämpfen, was in einer zweitägigen Besetzung des Audimax der MLU Halle-Wittenberg gipfelte. So konnten Kürzungen verhindert werden. An der HU kamen zu einer Vollversammlung Anfang des Jahres 1.000 Studierende, um sich gegen die Angriffe zu koordinieren. Im Anschluss entstand ein Bündnis, das sich auch bundesweit koordinierte und jetzt zahlreiche Protest- und Aktionstage vorbereitet.

Wir von **WAFFENDERKRITIK** beteiligen uns bei allen Mobilisierungen und Aktionen der Studierenden, um gegen die Kürzungen und Verschlechterungen

der Lebenssituation zu kämpfen. Dabei treten wir für eine breite und kämpferische Studierendenbewegung ein, die die Mehrheit der Studierenden hinter sich vereinen kann. Ein zentrales Mittel in der Vorbereitung der Aktionen müssen massendemokratische Instrumente wie Vollversammlungen sein. Diese haben jedoch nur einen Wert, wenn sie von rein informativen Veranstaltungen zu koordinierenden und beschließenden Gremien werden.

Entgegen dem Ruf der „Realist*innen“, sich auf „erfüllbare Forderungen“ zu beschränken, müssen wir als Studis raus aus der noch immer privilegierten Blase der Hochschule. Unser Ziel muss es sein, mit einer umfassenden Perspektive und durch die Verbindung der Kämpfe an Schlagkraft zu gewinnen. Wir wollen nicht nur ein paar Millionen mehr rausholen – auch wenn wir uns gegen jede Kürzung wehren – sondern das ganze Bildungssystem umwälzen und schließlich Staat und Kapital konfrontieren.

Um die Präsidien und Regierungen wirklich unter Druck zu setzen, müssen wir die Tradition der Einheit von Arbeiter*innen und Studierenden in den Kämpfen wiederbeleben. So wie in der Türkei die Studierenden gemeinsam mit hunderten Arbeiter*innen aus Trauer um die ermordeten Bergarbeiter*innen von Soma die Straßen gegen die Regierung von Erdoğan füllten, müssen auch wir uns mit allen Arbeitskämpfen solidarisieren und gleichzeitig die Solidarität der Arbeiter*innen einfordern. Denn es sind unsere morgigen Arbeitsplätze, die die Streikenden von heute verteidigen und es sind die Lernbedingungen der Kinder von morgen, um die wir kämpfen. Ansätze dafür gibt es nicht nur in der Ferne: Wir müssen heute den Arbeitskampf in der Charité für mehr Personal im Krankenhaus unterstützen, so wie wir es gemeinsam mit anderen Studierenden für den Einzelhandel im vergangenen Jahr getan haben. Auch

an den Schulen müssen wir uns mit den Schüler*innen und Lehrer*innen, die von einem langen Arbeitskampf kommen, verbinden und die Initiative der prekarierten Care-Arbeiter*innen unterstützen.

Dieses Prinzip müssen wir ausweiten auf alle sozialen Bewegungen. Die Universität und das Bildungssystem sind nur ein Bereich, auf dem die Kapitalist*innen die Kosten der Krise zu abzuladen versuchen. Wir müssen unseren Kampf auf die Masse der Lohnabhängigen ausweiten und dabei ihre Forderungen aufgreifen.

Eine der kämpferischsten Bewegungen in Deutschland sind aktuell die illegalisierten Geflüchteten, die zum am stärksten entrechteten und unterdrückten Teil der arbeitenden Klasse zählen. Das Recht auf Bewegungsfreiheit, auf Arbeit, aber auch auf Bildung wird ihnen verwehrt. Deshalb ist es so wichtig, dass die Studierenden sich heute massiv an dem Kampf der Geflüchteten beteiligen, praktische Solidarität organisieren und die Gewerkschaften dazu aufzurufen, die Forderungen mit Mobilisierungen zu unterstützen. Wir von **WAFFENDERKRITIK** sind heute eine vorantreibende Kraft im Bündnis Refugee Schul- und Unistreib, die Proteste der Geflüchteten über Streikkomitees an die Universitäten zu tragen. Am 1. Juli wird ein bundesweiter Schul- und Unistreib für die Refugee-Bewegung stattfinden, der eine weitere Etappe einer Kampagne sein muss, welche die verschlossene Universität im Dienste des Kapitals in Frage stellt und die Perspektive einer Universität im Dienste der Ausgebeuteten und Unterdrückten aufwirft.

Neben diesen konkreten Aktionen wollen wir mit dieser neuen Ausgabe unseren Teil zur Wiederbelebung einer marxistischen Strömung an den Universitäten leisten, die gegen die bürgerlich-reaktionäre Ideologie kämpft und sich in den Dienst der sozialistischen Revolution stellt.

